Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7092**

19. Wahlperiode 17.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Daniela Wagner, Lisa Paus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/6748 –

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und die Umsetzung der Beschlüsse des Wohngipfels

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ist mit einem Besitz von rund 468 000 Hektar und etwa 36 000 Wohnungen eine der größten Immobilieneigentümerinnen Deutschlands (vgl. www.bundesimmobilien.de/5065/unternehmen). In der Vergangenheit wurden die Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Regel ohne Rücksicht auf die Interessen der Kommunen und wohnungspolitische Ziele zu Höchstpreisen an private Investoren verkauft.

Vor dem Hintergrund der zunehmend angespannten Wohnungsmärkte setzt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits seit 2012 dafür ein, im BImA-Gesetz (Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) eine Öffnungsklausel einzufügen, die die Berücksichtigung wohnungspolitischer und städtebaulicher Ziele des Bundes, der Länder und der Gemeinden beim Verkauf ausdrücklich zulässt (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9405). Insbesondere Städte und Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten sollte die BImA aktiv dabei unterstützen, ihre wohnungspolitischen Ziele umzusetzen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, statt mit Höchstpreisverkäufen die Preisspirale weiter nach oben zu drehen. Dafür muss die BImA ihre eigenen Liegenschaften und Wohnungen fair bewirtschaften und entbehrliche Grundstücke an Kommunen und Dritte günstiger abgeben. Dies hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wiederholt gefordert (vgl. Bundestagsdrucksache 18/3044).

Anstatt eine Änderung des BImA-Gesetzes auf den Weg zu bringen, mit der die Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Bundes auf eine sichere rechtliche und zukunftsfeste Grundlage gestellt werden würde, die nicht bei jeder Haushaltsverhandlung wieder zurückgenommen werden könnte, verabschiedete die Bundesregierung 2015 die Richtlinie zur verbilligten Abgabe von Bundesliegenschaften (VerbR 2015).

Diese hat aber nicht die dringend notwendige Kehrtwende in der Liegenschaftspolitik gebracht. So hat der Bund seit Bestehen der Richtlinie lediglich zwölf Liegenschaften für sozialen Wohnungsbau vergünstigt abgegeben, während 2 026 Liegenschaften weiterhin zum Höchstpreis versteigert wurden. Ob die

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 16. Januar 2019 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

juris Lex QS
09052024 ()

2018 überarbeitete Verbilligungsrichtlinie eine nennenswerte Änderung der Geschäftspraxis der BImA bringen wird, bleibt fraglich. Wie das im Rahmen der „Gemeinsamen Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen“ wiederholte Ziel, bundeseigene Grundstücke weiter vergünstigt an Kommunen abzugeben und der Ankündigung des Bundes, zur Wahrung seiner Aufgaben der Wohnungsfürsorge selbst als Bauherr aufzutreten, um den Bedarf an bezahlbaren Wohnungen für seine Bediensteten zu decken, verlässlich erreicht werden soll, ist nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller offen.

Auch die Vermietungspolitik der BImA stand in der Vergangenheit mehrfach wegen überzogener Mietforderungen, umstrittener Modernisierungsmaßnahmen und Prozesse gegen die eigenen Mieter in der Kritik (vgl. z. B. www.mdr.de/investigativ/fakt-bima-100.html).

Lebenswerte Städte und Gemeinden zu sichern und Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung durch steigende Mieten zu bewahren, sind erklärte Anliegen des Bundes. Das muss sich auch in der Liegenschaftspolitik des Bundes widerspiegeln, die Bundesregierung ist hier in Verantwortung.

1. Welche Verantwortung kommt der BImA als öffentlicher Vermieterin nach Ansicht der Bundesregierung für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum zu?

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) verfügt bundesweit nur über 0,1 Prozent des Mietwohnungsbestandes in Deutschland und ist mit ihrem Bestand von rund 36 000 Wohnungen im Vergleich zu privaten und öffentlichen Wohnungsbauunternehmen nicht marktrelevant. Beispielsweise verfügen allein die Wohnungsbaugesellschaften der Stadt Berlin über einen Bestand von mehr als 300 000 Mietwohnungen.

2. Welchen Beitrag leistet die BImA nach Ansicht der Bundesregierung als Vermieterin zur Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum?

Die derzeit im Bestand der BImA befindlichen Wohnungen stehen vor allem Bundesbediensteten im Rahmen der Wohnungsfürsorge zur Verfügung. Auch die Versorgung der Beschäftigten des Bundes mit Wohnraum mit Mieten, die sich im Bereich der Ortsüblichkeit bewegen, stellt einen Beitrag zur Entlastung angespannter Wohnungsmärkte dar.

3. Wie hoch sind die durchschnittlichen Nettokaltmieten in den Wohnimmobilien der BImA, und wie haben sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahr und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die durchschnittliche Netto-Kaltmiete in den Wohnimmobilien der BImA beträgt zurzeit 5,52 Euro pro m² (Stand: erstes Quartal 2018). Zahlen bezogen auf die letzten zehn Jahre und nach Bundesländern aufgeschlüsselt werden von der BImA nicht vorgehalten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

4. Wie hoch sind die durchschnittlichen Nettokaltmieten in den Wohnimmobilien der BImA in den zehn größten Städten, und wie haben sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahr und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die durchschnittlichen Netto-Kaltmieten (Euro/m²) der BImA konnten mit Stand erstes Quartal 2018 für die nachfolgenden großen Städte in Deutschland ermittelt werden:

Großstadt	**Durchschnittliche Netto-Kalt-Miete der BImA (Euro/m²)**
München	8,46
Stuttgart	7,78
Köln	6,19
Hamburg	7,46
Düsseldorf	6,66
Frankfurt/Main	7,71
Berlin	5,92

Zahlen bezogen auf die letzten zehn Jahre und nach Bundesländern aufgeschlüsselt werden von der BImA nicht vorgehalten.

5. Wie hoch sind die durchschnittlichen Neuvermietungs-Nettokaltmieten in den Wohnimmobilien der BImA, und wie haben sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahr und Stadt aufschlüsseln)?

Eine derartige Statistik wird von der BImA nicht vorgehalten.

6. Wie hoch sind die durchschnittlichen Neuvermietungs- Nettokaltmieten in den Wohnimmobilien der BImA in den zehn größten Städten, und wie haben sie sich in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahr und Stadt aufschlüsseln)?

Eine derartige Statistik wird von der BImA nicht vorgehalten.

7. Wie ist der aktuelle Stand und Zeitplan zur Erstellung einer Potenzialanalyse durch die BImA, in der alle Flächen des Bundes, die für Wohnungsneubau und Wohnungsbau in Frage kommen, identifiziert werden sollen?

   a) Für welche Standorte ist eine solche Potenzialanalyse geplant?

   b) Liegen bereits erste Ergebnisse vor?

      aa) Wenn ja, welche (bitte nach Bundesland, Stadt, Grundstücksgröße und Wohnungsbaupotential in Wohneinheiten – WE – aufschlüsseln)?

      bb) Wenn nein, wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen (bitte nach Standort aufschlüsseln)?

Die Fragen 7 bis 7b werden im Zusammenhang beantwortet:

Die Potenzialanalyse umfasst alle BImA-Liegenschaften, soweit diese nicht für die Unterbringung von Dienststellen des Bundes mittel- bis langfristig benötigt werden. Die umfängliche Prüfung umfasst sowohl Liegenschaften zum Verkauf

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

als auch Liegenschaften für Eigenbaumaßnahmen. Insbesondere die für eine Veräußerung vorgesehenen Liegenschaften sollen zielgerichtet für die Realisierung von Wohnungsbau insbesondere durch kommunale Wohnungsbauunternehmen oder Dritte mobilisiert werden. Nach derzeitiger Einschätzung sind mehr als 700 dieser Liegenschaften als potenziell für die Wohnraumschaffung geeignet. Allerdings liegt es in der Hand der jeweiligen Kommune als Trägerin der Planungshoheit, ob und in welchem Umfang tatsächlich gebaut werden kann.

Die Prüfung dauert noch an, erste Ergebnisse werden voraussichtlich im ersten Quartal 2019 vorliegen. Aussagen zu konkreten etwaigen Standorten und dem eingeschätzten Umfang können voraussichtlich nach Abschluss einer auf diesen Ergebnissen aufbauenden Feinanalyse verlässlich erst gegen Mitte des Jahres 2019 getroffen werden.

8. Welche weiteren Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen bei dem Bau und der Schaffung von preiswertem Wohnraum werden durch die BImA aktuell in Erwägung gezogen, und inwiefern sind dafür Änderungen des BImA-Gesetzes nötig (vgl. www.tagesspiegel.de/wirtschaft/immobilien/bundesanstalt-fuer-immobilienaufgaben-schnell-neuen-wohnraum-schaffen/23641684-2.html)?

Die BImA leistet durch die Bereitstellung von entbehrlichen Grundstücken zum Zwecke des Wohnungsbaus einen Beitrag zur Liegenschaftspolitik des Bundes. Auf das Jahr 2018 bezogen hat der Verkauf von Grundstücken an Kommunen mehr als die Hälfte des Verkaufsvolumens der BImA ausgemacht. Die von den Fragestellern in diesem Zusammenhang in der Vorbemerkung gezogenen Rückschlüsse sind nicht zutreffend. Bei den genannten 2 026 Liegenschaften handelt es sich zum weit überwiegenden Teil um Restgrundstücke und wenig marktgängige Kleinflächen, die weder von ihrer Lage noch von ihrem Zuschnitt her für Zwecke des Wohnungsbaus geeignet waren.

Durch die Ausweitungen der haushalterischen Ermächtigung im Haushaltsgesetz 2018 sowie die überarbeitete „Richtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zur verbilligten Abgabe von Grundstücken (VerbR 2018)“ wurden weitere Möglichkeiten zum Direktverkauf/Erstzugriff sowie zur verbilligten Abgabe von Grundstücken an Länder/Kommunen sowie deren mehrheitlich getragenen Gesellschaften geschaffen. Zudem ist nun eine Weiterveräußerung eines verbilligt erworbenen Grundstücks an private Dritte bei Fortbestand und Weitergabe der gewährten Verbilligung zu gleichen Bedingungen möglich, soweit sich die Kommune/Gebietskörperschaft des Dritten zur Erfüllung der öffentlichen Aufgabe bzw. des Verbilligungszwecks bedient. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat der überarbeiteten VerbR 2018 in seiner Sitzung am 26. September 2018 zugestimmt. Dieses Instrumentarium führt zu einer Erweiterung der förderfähigen Verkaufsfälle und zu einer höheren Nachfrage vor allem bei den Kommunen. Damit sind nicht nur zeitnah und praxisgerecht die im Koalitionsvertrag vorgesehene Regelung umgesetzt, sondern die Voraussetzung geschaffen, dass die BImA die Gebietskörperschaften bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben vor allem auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus noch besser unterstützen kann und sich die Attraktivität des Erwerbs von Liegenschaften der BImA erhöht. Einer Änderung des BImA-Gesetzes bedarf es insofern nicht.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Zu den weiteren Maßnahmen zählen darüber hinaus Beratungsleistungen der BImA für die Kommunen sowie der mögliche Abschluss sogenannter Wohnbaupakte, deren Ziel darin besteht, Wohnungsbauinteressen der Kommunen und der BImA in Einklang zu bringen (u. a. Erwerbsinteresse, Stadtentwicklung, Schaffung Baurecht, Eigenbau der BImA).

9. Wie viele Wohnungen stehen der BImA zur Wohnraumversorgung im Rahmen der Allgemeinen Wohnungsfürsorge für Bundesbedienstete zur Verfügung (bitte nach anstaltseigenen Wohnungen, Wohnungen mit Besetzungsrecht, Bundesland und Kommune aufschlüsseln)?

Die BImA erhebt die Anzahl der für die Allgemeine Wohnungsfürsorge zur Verfügung stehenden Wohnungen einmal jährlich jeweils zum Stand 1. August eines jeden Jahres. Zum Stichtag 1. August 2018 standen insgesamt 62 438 Wohnungen zur Verfügung. 36 129 dieser Wohnungen stehen im BImA-Eigentum. An weiteren 26 309 Wohnungen im Dritteigentum besitzt der Bund Belegungsrechte. Die Verteilung auf Bundesländer und Kommunen ist in Anlage 1 ersichtlich.

a) Wie viele dieser Wohnungen befinden sich in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten?

Die Landesregierungen haben Gebiete festgelegt, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist. Hierzu gehören insbesondere die fünf Ballungsräume der Regionen Berlin/Potsdam, München, Hamburg sowie Frankfurt am Main und Köln/Bonn.

In den Ballungsräumen stehen der Wohnungsfürsorge insgesamt 20 602 Wohnungen zur Verfügung (Berlin/Potsdam: 9 305; München: 3 512; Hamburg: 618; Frankfurt: 2 576; Köln/Bonn: 4 591); In weiteren Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten stehen nochmals 14 699 Wohnungen zur Verfügung.

Die Gesamtzahl der für die Wohnungsfürsorge zur Verfügung stehenden Wohnungen mit angespanntem Wohnungsmarkt beträgt 35 301 Wohnungen.

b) Wie verteilen sich die Wohnungen auf die unterschiedlichen Ressorts?

Welchen Ressorts die nutzenden Bundesbediensteten angehören, wird für die einzelnen Wohnungen nicht statistisch erfasst.

c) Wie verteilen sich die Wohnungen auf die unterschiedlichen Besoldungsstufen und den Status des Dienstverhältnisses (Beamter, Soldat, Tarifbeschäftigter)?

Die Besoldungsstufen oder Dienstverhältnisse der nutzenden Bundesbediensteten werden für die einzelnen Wohnungen nicht statistisch erfasst.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

10. Wie viele bebaute und unbebaute Kaufgrundstücke wurden in den letzten zehn Jahren im Rahmen der Wohnungsfürsorge vermittelt, und wie viele Wohneinheiten befanden sich auf den bebauten Kaufgrundstücken (bitte nach Bundesland, Kommune und Jahr auflisten)?

11. Wie viele Eigentumswohnungen wurden in den letzten zehn Jahren im Rahmen der Wohnungsfürsorge vermittelt (bitte nach Jahr, Bundesland, Kommune und Wohneinheiten auflisten)?

Die Fragen 10 und 11 werden wegen des Sachzusammenhangs zusammenfassend beantwortet:

Im Rahmen der Wohnungsfürsorge werden Bundesbediensteten ausschließlich Mietwohnungen zugewiesen. Bebaute oder unbebaute Kaufgrundstücke bzw. Eigentumswohnungen werden im Rahmen der Allgemeinen Wohnungsfürsorge des Bundes den Bundesbediensteten weder vermittelt noch verkauft.

12. Wie viele Familienheimdarlehen wurden in den letzten zehn Jahren im Rahmen der Wohnungsfürsorge gewährt (bitte nach Jahr, Bundesland und Kommune auflisten)?

Seit 2008 wurden Bundesbediensteten insgesamt 113 Familienheimdarlehen gewährt. Es handelte sich hierbei um Darlehen auf der Grundlage der Sonderregelungen zur Familienheimförderung für Umzüge aufgrund der Umzugsbeschlüsse (FHR-Umzug).

Die genannten Familienheimdarlehen (Umzug) verteilen sich auf die Bundesländer Berlin und Brandenburg wie folgt:

Bundesland	**Kalenderjahr**	**Kommune**	**Anzahl Familienheimdarlehen**
Berlin	2008		14
	2009		14
	2010		17
	2011		7
	2012		15
	2013		6
	2014		3
	2015		2
	2016		1
	2017		0
	2018		0
Zwischensumme			**79**
Brandenburg	2008	Falkensee	3
	2008	Dallgow-Döberitz	1
	2008	Zinndorf	1
	2008	Kleinmachnow	2
	2009	Falkensee	1

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland	**Kalenderjahr**	**Kommune**	**Anzahl Familienheimdarlehen**
	2009	Fichtenwalde	1
	2010	Potsdam	1
	2010	Falkensee	1
	2010	Hönow	1
	2010	Dallgow-Döberitz	1
	2010	Panketal	1
	2010	Sommerfeld	1
	2011	Bernau	1
	2011	Dallgow-Döberitz	1
	2011	Falkensee	1
	2012	Falkensee	2
	2012	Freienhagen	1
	2012	Teltow	2
	2012	Werder	1
	2012	Dallgow-Döberitz	1
	2012	Ahrensfelde	1
	2013	Falkensee	1
	2013	Dallgow-Döberitz	1
	2013	Neuenhagen	1
	2013	Petershagen	1
	2013	Panketal	1
	2015	Teltow	1
	2015	Wandlitz	1
	2015	Leegbruch	
Zwischensumme			**34**
Gesamtzahl			**113**

13. Wie hoch ist der von den einzelnen Ressorts gemeldete Bedarf an Wohnungen für Bundesbedienstete (bitte nach Bundesland, Stadt und Ressort aufschlüsseln)?

Das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) fragt einmal jährlich als Grundlage für die Planung von Förderungsmaßnahmen den voraussichtlichen Bedarf an Wohnungen für Bundesbedienstete bei den Ressorts ab. Die Zusammenstellung des Bedarfs erfolgt ausschließlich nach Standorten ohne Bezug auf das meldende Ressort.

Für das Kalenderjahr 2019 haben die Ressorts einen Gesamtbedarf von 8 075 Wohneinheiten gemeldet. Einzelheiten zur Verteilung der Bedarfsmeldungen auf Länder und Kommunen sind Anlage 2 zu entnehmen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

14. Nach welchen Kriterien und in welchen Zeitabständen wird der Bedarf an Wohnungen für Bundesbedienstete in den einzelnen Ressorts im Rahmen ihrer Personal- und Organisationseinheit nach Kenntnissen der Bundesregierung ermittelt?

Die Wohnungsbedarfsabfrage bei den Ressorts erfolgt in jährlichem Turnus.

15. Besteht aus Sicht der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen den stark steigenden Mietpreisen in Ballungsgebieten und dem erhöhten Bedarf an Wohnungen für Bundesbedienstete (bitte begründen)?

Nach Auffassung der Bundesregierung führen steigende Mieten und Preise auf den angespannten Wohnungsmärkten insbesondere bei den Angehörigen der unteren und mittleren Einkommensgruppen zu Schwierigkeiten, sich mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Dies spiegelt sich auch in den Bedarfsmeldungen der Ressorts. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

16. Wie ist der Stand der Umsetzung der Pläne der Bundesregierung zur Aufstockung ihrer Betriebswohnungen?

a) In welchem Umfang sind Aufstockungen geplant (bitte nach Bundesland und Stadt aufschlüsseln)?

b) Wie viele Wohnungen sollen durch die BImA selbst errichtet werden, und wie viele über den Erwerb von Belegungsrechten hinzukommen?

c) Welche Gelder sind dafür jeweils vorgesehen (bitte nach Bau, Erwerb von Belegungsrechten und Haushaltsjahr aufschlüsseln)?

d) Welche Liegenschaften der BImA kommen nach derzeitigem Stand der Erkenntnisse für den Bau von Wohnungen für Bundesbedienstete durch die BImA in Betracht (bitte nach Bundesland und Land aufschlüsseln)?

e) Für welche Einkommensgruppen soll gebaut werden, und welche Miethöhen werden für den Bau von Wohnungen für Bundesbedienstete durch die BImA angestrebt?

f) Ist in den neugebauten Wohnungen der BImA eine ausschließliche Nutzung durch Bundesbedienstete vorgesehen?

aa) Wenn ja, bitte begründen?

bb) Wenn nein, wie viele Wohnungen sind für Nichtbedienstete des Bundes vorgesehen, und nach welchen Kriterien sollen diese Wohnungen vergeben werden?

Die Fragen 16 bis 16f werden zusammen beantwortet:

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, soll der Bund in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten die Wohnungsfürsorge verstärkt wahrnehmen. Dazu soll der Wohnungsbestand der BImA genutzt und weiterentwickelt werden. Vor diesem Hintergrund prüft die BImA auch, zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum für Bundesbedienstete durch Eigenbaumaßnahmen (Neubau/Ausbau, Nachverdichtung) sicherzustellen. Der Neubau von mehreren tausend Wohnungen soll dabei vorrangig für Bundesbedienstete erfolgen. Werden einzelne Wohnungen von Bundesbediensteten vorübergehend nicht nachgefragt, stehen sie dem freien Markt zur Verfügung. Im Übrigen wird hierzu auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

17. Inwiefern möchte die Bundesregierung den Bau betriebseigener Wohnungen durch private Unternehmen unterstützen, und wird diese Unterstützung auch die Bereitstellung von Liegenschaften durch die BImA beinhalten, und wenn ja, in welcher Form, und in welchem Umfang?

Eine unmittelbare Unterstützung privater Unternehmen, die betriebseigene Wohnungen bauen wollen, ist nicht beabsichtigt. Die Unterstützung wirkt voraussichtlich mittelbar durch die forcierte Mobilisierung von Liegenschaften der BImA zu Wohnzwecken. Die Unternehmen können sich an Angebotsverfahren der BImA beteiligen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Anlage 1

Übersicht über den Bestand an Belegungsrechten und bundeseigenen Wohnungen im Rahmen der Wohnungsfürsorge

Aufteilung nach Bundesland und Ort

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Baden-Württemberg	**1.218**	**4.441**	**5.659**
Amstetten	6		6
Bad Mergentheim	14		14
Bad Säckingen, Stadt		12	12
Baden-Baden	5		5
Böblingen		54	54
Bruchsal		12	12
Donaueschingen	18	81	99
Dornstadt	198		198
Dornstadt (ADK)		12	12
Ellwangen		39	39
Ellwangen (Jagst)		6	6
Empfingen		60	60
Erbach	24		24
Erzingen	6		6
Esslingen am Neckar		15	15
Freiburg		804	804
Friedrichshafen		176	176
Gaienhofen		4	4
Gottmadingen		24	24
Gottmadingen-Randegg		3	3
Grenzach-Wyhlen		27	27
Hardheim	6		6
Heilbronn	12	42	54
Heroldstatt		12	12
Hilzingen		5	5
Iffezheim		8	8
Immendingen	51		51
Inzlingen		14	14
Jestetten		21	21
Karlsruhe		190	190
Konstanz		546	546
Kressbronn		3	3
Külsheim	3		3
Langenargen		40	40
Lauda	11		11
Laupheim		6	6
Lörrach, Stadt		20	20
Lottstetten		7	7
Ludwigsburg		34	34
Mannheim	15	11	26
Müllheim		310	310
Nagold	18		18
Neckarzimmern	70		70
Neuhausen o.E.	60		60
Niederstetten	99	8	107

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Öhningen		13	13
Ostfildern		90	90
Philippsburg	12		12
Radolfzell		140	140
Rastatt		37	37
Reichenau		4	4
Reutlingen		33	33
Rheinfelden (Baden), Stadt		8	8
Rheinstetten		18	18
Rielasingen-Worblingen		6	6
Rottweil		77	77
Sigmaringen	11	50	61
Sindelfingen		57	57
Singen (Hohentwiel)		20	20
Staufen i.Br.	3		3
Stetten a.k.M.	44		44
Stühlingen		4	4
Stuttgart	463	742	1.205
Tauberbischofsheim	6		6
Tettnang		4	4
Tübingen		14	14
Ulm	60	358	418
Waldshut-Tiengen		7	7
Walldürn	1		1
Weikersheim	2		2
Weil am Rhein		141	141
Weingarten		12	12
Bayern	**2.677**	**5.364**	**8.041**
Aschau im Chiemgau		5	5
Augsburg		43	43
Bad Kissingen		42	42
Bad Königshofen	6		6
Bad Reichenhall	21	12	33
Bad Steben	8		8
Bad Tölz		209	209
Bärnau	8		8
Bayreuth		24	24
Berching		2	2
Berchtesgaden	10		10
Bischofswiesen	25		25
Brannenburg		47	47
Cham	10		10
Deggendorf	1		1
Dettelbach, Stadt		4	4
Dörfles-Esbach	8		8
Eching-Dietersheim	2		2
Eggolsheim-Neuses		1	1
Erding	64		64
Erding-Williamsville		339	339
Erlangen-Kriegenbrunn		5	5
Eslarn	8		8
Eußenheim		1	1
Feldafing	23		23
Flossenbürg	4		4

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Freilassing	20		20
Freilassing, Stadt		4	4
Freising	108		108
Fürstenfeldbruck	34	184	218
Furth im Wald	6		6
Fürth, Stadt		37	37
Füssen		136	136
Garching	1		1
Garching Hochbrück	1		1
Garmisch-Partenkirchen		18	18
Geretsried	1		1
Gerlachshausen		4	4
Germering	1		1
Giebelstadt, Markt		79	79
Grafing	3		3
Gröbenzell	1		1
Großwallstadt		2	2
Haar b. München	1		1
Hammelburg	12	42	54
Hausen		5	5
Hemau	158		158
Hettenshausen	8		8
Hilpoltstein		6	6
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	2		2
Immenstadt	10		10
Ingolstadt	96		96
Ismaning	17		17
Karlsfeld b. Dachau	1		1
Kaufbeuren	10		10
Kempten	28	361	389
Kiefersfelden		4	4
Kiefersfelden	4		4
Kirchseeon	1		1
Kleinaitingen		12	12
Kleinostheim		7	7
Klingenberg-Trennfurt		2	2
Knetzgau		4	4
Landsberg	144	124	268
Landshut	3	116	119
Lindau		84	84
Lindau (Bodensee), Stadt		23	23
Ludwigsstadt	8		8
Maisach	2		2
Markt Schwaben	1		1
Marktbreit		6	6
Mellrichstadt	8		8
Mittenwald	271	53	324
Moos	1		1
Mühlhausen		1	1
München	384	2.336	2.720
Murnau a. Staffelsee, Markt		117	117
Nabburg	24	7	31
Naila	30		30
Neualbenreuth	8		8

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Neuburg a.d. Donau	34	9	43
Neusäß		4	4
Neustadt b.Coburg	16		16
Neu-Ulm, Stadt		163	163
Nordheim	1		1
Nürnberg	30	31	61
Ober-/Neutraubling	50		50
Oberammergau		147	147
Oberaudorf		14	14
Oberding	8		8
Oberschleißheim	4		4
Oberviechtach	111	8	119
Oerlenbach		22	22
Ottobrunn	1		1
Passau	35		35
Penzing		35	35
Pfaffenhofen a.d. Ilm		24	24
Pfofeld		12	12
Piding	37		37
Pöcking		6	6
Pressig	8		8
Puchheim	1		1
Pullach		56	56
Regen, Stadt		10	10
Regensburg	284	108	392
Regnitzlosau	6		6
Rehau	16		16
Riedenburg		4	4
Rodach (Bad)	16		16
Roding		8	8
Roth		32	32
Rottach-Egern	6		6
Schirnding	4		4
Schwanfeld	1		1
Schwanstetten		2	2
Schwarzach		4	4
Schweinfurt		11	11
Selb	8		8
Sonthofen	22	20	42
Stanggaß		14	14
Starnberg	9		9
Stockdorf		3	3
Strub		8	8
Strullendorf		5	5
Taufkirchen	1		1
Töging		2	2
Traunstein		16	16
Trogen	4		4
Unterhaching	1		1
Veitshöchheim	154		154
Vilseck	84		84
Vohenstrauß	30		30
Volkach	24		24
Waidhaus	8		8

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Waldsassen	17		17
Wasserburg (Bodensee)		6	6
Weiden	26		26
Weilheim	14		14
Weilheim i. OB, Stadt		33	33
Wildflecken, Markt		18	18
Würzburg		8	8
Würzburg, Stadt		13	13
Berlin	**3.015**	**4.932**	**7.947**
Alt-Hohenschönhausen		80	80
Alt-Treptow		33	33
Charlottenburg-Wilmersdorf	317	279	596
Friedrichshain-Kreuzberg	112		112
Gatow, Kladow und Groß-Glienicke		196	196
Karlshorst	55		55
Lichtenberg	227	268	495
Marzahn-Hellersdorf		2	2
Mitte	964	819	1.783
Moabit, Wilmersdorf	45		45
Neukölln	68	24	92
Pankow	22	596	618
Reinickendorf	60	489	549
Schmöckwitz		3	3
Spandau	258	509	767
Steglitz-Zehlendorf	887	1.089	1.976
Tegel		286	286
Tempelhof-Schöneberg		107	107
Treptow-Köpenick		152	152
Brandenburg	**1.019**	**1.543**	**2.562**
Ahrensfelde (b. Berlin)	32		32
Bad Freienwalde (Oder)	38		38
Baruth/Mark		2	2
Beelitz (Mark)	64		64
Beeskow	15		15
Bernau	58		58
Blankenfelde		20	20
Cottbus	12	236	248
Dahlewitz		4	4
Döbern (Niederlausitz)	44		44
Falkensee		1	1
Finowfurt		1	1
Forst (Lausitz)	16		16
Frankfurt/ Oder	127		127
Gransee		3	3
Großbeeren OT Osdorf		2	2
Ketzin		1	1
Löwenberger Land OT Löwenberg		5	5
Lübben (Spreewald), Stadt		6	6
Mahlow		12	12
Neuendorf im Sande		28	28
Neuhardenberg		45	45
Neupetershain		1	1
Niederfinow		4	4
Oranienburg	24		24

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Potsdam	276	970	1.246
Prenzlau	32		32
Schwedt		1	1
Schwedt/ Oder	24		24
Stahnsdorf	55		55
Storkow (Mark)	80		80
Strausberg	40	117	157
Tauche		28	28
Teltow		2	2
Teltow, Stadt		50	50
Werder (Havel)	74		74
Werneuchen	8		8
Wustermark		1	1
Zehdenick		3	3
Bremen	**167**	**116**	**283**
Bremen	100	116	216
Bremerhaven	67		67
Hamburg	**376**	**242**	**618**
Hamburg	376	242	618
Hessen	**2.230**	**2.396**	**4.626**
Bad Hersfeld	12	9	21
Bad Homburg v.d. Höhe		68	68
Bad Wildungen	20		20
Bensheim		3	3
Darmstadt	44	11	55
Eschborn	38		38
Eschwege, Kreisstadt		6	6
Frankfurt am Main	1.015	1.156	2.171
Frankfurt am Main, Eschborn, Dreieich	250		250
Fritzlar, Dom- und Kaiserstadt		201	201
Fulda		20	20
Fuldatal		21	21
Gernsheim, Schöfferstadt		6	6
Gießen	13	80	93
Grebenhain		5	5
Hattersheim		7	7
Heppenheim	8		8
Herleshausen	6	10	16
Hess.-Lichtenau	84		84
Hohenroda		23	23
Hünfeld	4	4	8
Jesberg	12		12
Kassel	178	300	478
Kelkheim		1	1
Langen (Hessen), Stadt		155	155
Marburg	24	12	36
Meinhard		6	6
Mörfelden-Walldorf	23		23
Neu-Isenburg	34	16	50
Neu-Isenburg, Stadt		8	8
Oberursel		45	45
Offenbach am Main, Stadt		4	4
Philippsthal (Werra)		9	9
Raunheim	24		24

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Ringgau	1		1
Schwalmstadt	78		78
Schwalmstadt, Stadt		8	8
Sontra	28		28
Stadtallendorf	42		42
Stadtallendorf (Herrenwald)	14		14
Stadtallendorf, Stadt		18	18
Tann (Rhön)		10	10
Wetzlar		152	152
Wiesbaden	278	1	279
Wildeck		4	4
Witzenhausen		9	9
Wolfhagen		8	8
Mecklenburg-Vorpommern	**1.089**	**2.758**	**3.847**
Bad Sülze	8		8
Bentwisch		28	28
Bergen		28	28
Binz		60	60
Crivitz	36		36
Greifswald		78	78
Groß Mohrdorf	36		36
Klausdorf	42		42
Laage	178		178
Lauterbach		6	6
Neubrandenburg	108		108
Neubukow		6	6
Neustrelitz	180		180
Pasewalk	12		12
Putbus		8	8
Rostock	219	1.604	1.823
Rostock, Hansestadt		6	6
Rövershagen	54		54
Sanitz	90	84	174
Sassnitz		100	100
Schwerin		176	176
Sternberg	30		30
Stralsund		562	562
Ueckermünde	96		96
Wismar		12	12
Niedersachsen	**4.825**	**2.788**	**7.613**
Achim, Stadt		1	1
Aurich		1	1
Bad Fallingbostel		2	2
Bad Pyrmont	32		32
Bad Zwischenahn		8	8
Barnstorf	70		70
Borkum		4	4
Braunschweig	50	81	131
Bremervörde	28		28
Bremervörde, Stadt		5	5
Bückeburg	8		8
Buxtehude		88	88
Celle		16	16
Celle, Stadt		2	2

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Cuxhaven	106	64	170
Delmenhorst		3	3
Dörverden		5	5
Duderstadt		8	8
Edewecht	8		8
Ehra-Lessien		2	2
Elsfleth	4		4
Eschede		2	2
Esens		5	5
Faßberg		70	70
Gorleben		1	1
Goslar		52	52
Göttingen		22	22
Grossenkneten		4	4
Hameln		7	7
Hann. Münden		3	3
Hannover	181	184	365
Haren (Ems)		2	2
Hipstedt		4	4
Hornburg	4		4
Itterbeck	3		3
Jever	219	26	245
Landesbergen		5	5
Lathen		4	4
Leer		1	1
Leese	24		24
Liebenau	8		8
Lohheide		34	34
Lohheide, gemfr. Bezirk		42	42
Lüneburg	4	282	286
Mehrum		1	1
Meppen		13	13
Munster		8	8
Munster, Stadt		70	70
Neustadt		72	72
Neustadt am Rübenberge, Stadt		12	12
Nienburg		4	4
Nienburg (Weser), Stadt		13	13
Nordholz		18	18
Oerbke		64	64
Oldenburg	59	279	338
Osnabrück		2	2
Osnabrück, Stadt		2	2
Ostenholz		93	93
Osterheide, gemfr. Bezirk / Wense		1	1
Osterode	32		32
Papenburg		3	3
Rehlingen		1	1
Rotenburg (Wümme)		2	2
Rotenburg (Wümme), Stadt		15	15
Salzgitter		8	8
Scharnebeck		3	3
Schwanewede		18	18
Sehnde		2	2

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Sehnde, Stadt		3	3
Soltau, Stadt		16	16
Stade, Stadt		33	33
Uelzen		8	8
Uelzen, Stadt		1	1
Varel	36		36
Vechelde		4	4
Verden (Aller), Stadt		123	123
Visselhövede	48		48
Walsrode, Stadt		1	1
Wangerooge		5	5
Wardenburg		1	1
Weener	30		30
Wense		12	12
Wesendorf		13	13
Wietzendorf		2	2
Wilhelmshaven	3.705	554	4.259
Wingst		4	4
Winsen (Aller)		3	3
Wittmund	88	13	101
Wolfenbüttel		61	61
Wolfsburg		10	10
Wunstorf	42	177	219
Zetel	16		16
Zeven	20		20
Nordrhein-Westfalen	**3.813**	**5.005**	**8.818**
Aachen	180	55	235
Aachen, Stadt		92	92
Ahlen		20	20
Arnsberg	5		5
Augustdorf	32		32
Bergisch-Gladbach	10		10
Bocholt, Stadt		13	13
Bochum	12		12
Bonn	651	1.105	1.756
Bonn		4	4
Borgholzhausen		3	3
Brüggen		2	2
Brühl		0	0
Burbach	20		20
Dortmund	36	4	40
Duisburg	2	18	20
Dülmen		17	17
Düren		88	88
Düsseldorf	269	131	400
Emmerich	16		16
Emmerich am Rhein		41	41
Erndtebrück	53	6	59
Essen, Stadt		6	6
Euskirchen		185	185
Frechen		4	4
Geilenkirchen	160	268	428
Goch	4		4
Gummersbach		6	6

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Hamm	4	14	18
Hamminkeln		20	20
Heiligenhaus	10		10
Hemer, Stadt		12	12
Hilden	42	39	81
Holzwickede	24		24
Hörstel		7	7
Hürth	50		50
Iserlohn	20		20
Iserlohn, Stadt		30	30
Kalkar	92		92
Kerpen		8	8
Köln	1.180	587	1.767
Königswinter	9	3	12
Krefeld	6		6
Lemgo		30	30
Leverkusen		4	4
Lippstadt		16	16
Marienheide	16		16
Mechernich, Stadt		4	4
Minden		12	12
Moers	2		2
Mönchengladbach	16		16
Mülheim an der Ruhr		3	3
Mülheim/Ruhr		6	6
Münster	140	215	355
Neuss	1		1
Nörvenich	40		40
Petershagen		3	3
Ratheim	2		2
Ratingen		23	23
Rheinbach		48	48
Rheine	12		12
Rheine, Stadt		14	14
Siegburg	32		32
Siegen	23		23
Soest	14	734	748
Soest, Stadt		518	518
St. Augustin	366	7	373
Stollberg	64		64
Straelen	18		18
Swisttal		9	9
Swisttal-Heimerzheim	4		4
Telgte	5		5
Troisdorf	158	116	274
Unna		227	227
Voerde (Niederrhein)		2	2
Waltrop		13	13
Wesel	12		12
Wesseling		1	1
Wetter		8	8
Wetter (Ruhr), Stadt		3	3
Wuppertal	1	201	202
Rheinland-Pfalz	**1.635**	**2.276**	**3.911**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Bad Bergzabern		172	172
Bad Neuenahr-Ahrweiler	76		76
Baumholder		63	63
Birkenfeld		8	8
Bruchmühlbach-Miesau		12	12
Daun		8	8
Diez	76	83	159
Germersheim		38	38
Idar-Oberstein	80		80
Igel		9	9
Kaiserslautern		24	24
Kandel	4		4
Kastellaun		16	16
Koblenz	610	1.160	1.770
Kusel		8	8
Lahnstein	20		20
Landau	3	10	13
Mainz	296	371	667
Mayen	1	8	9
Neustadt		24	24
Schweich		10	10
Schweigen-Rechtenbach		6	6
Sobernheim	16		16
Speyer	64	9	73
Traben-Trarbach	19	60	79
Trier	286	177	463
Westerburg	84		84
Saarland	**8**	**580**	**588**
Bexbach	8		8
Großrosseln		11	11
Homburg - Erbach		472	472
Kleinblittersdorf		21	21
Lebach		16	16
Merzig		12	12
Perl		10	10
Perl-Nennig		16	16
Saarbrücken		12	12
Überherrn		10	10
Sachsen	**910**	**1.767**	**2.677**
Bad Brambach		4	4
Bad Elster	5		5
Bautzen		114	114
Chemnitz	112	76	188
Delitzsch		209	209
Dresden	125	542	667
Ebersbach		9	9
Frankenberg/Sa.		102	102
Geising	18	5	23
Görlitz	94	12	106
Großröhrsdorf		24	24
Jöhstadt		8	8
Königsbrück		54	54
Leipzig	264	216	480
Löbau	56	58	114

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Marienberg	56	81	137
Oberwiesenthal		36	36
Olbernhau		11	11
Ottendorf-Okrilla		8	8
Oybin		6	6
Pirna	128	72	200
Riesa	52	24	76
Schneeberg		41	41
Siebenlehn		4	4
Weißwasser		51	51
Sachsen-Anhalt	**657**	**175**	**832**
Burg	135		135
Dessau		10	10
Halle (Saale)		152	152
Havelberg, Stadt		4	4
Jessen	176		176
Magdeburg	256		256
Peißen		9	9
Stendal	26		26
Weißenfels	64		64
Schleswig-Holstein	**1.874**	**566**	**2.440**
Alt Duvenstedt		11	11
Altenholz		8	8
Appen		3	3
Appen	40		40
Bad Bramstedt	9		9
Bad Oldesloe	4		4
Boostedt		12	12
Bordesholm		2	2
Bredstedt	66		66
Brunsbüttel		12	12
Eckernförde	64	16	80
Eutin	36		36
Flensburg	426		426
Geestacht		2	2
Glücksburg	50		50
Glückstadt	6		6
Großenbrode	20	15	35
Harrislee		7	7
Heide	9	14	23
Heiligenhafen		2	2
Helgoland		37	37
Hochdonn		6	6
Hörnum		42	42
Husum	33	8	41
Itzehoe		23	23
Kellinghusen	12		12
Kiel	840	143	983
Kronshagen		10	10
Ladelund	36		36
Levensau		9	9
List		26	26
List (Sylt)		2	2
Lübeck	2	18	20

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Darlehens-wohnungen	bundeseigene Wohnungen	Gesamtergebnis
Lütjenburg		1	1
Mölln		1	1
Neu Wulmsdorf (für HH)	17		17
Neumünster	12	72	84
Neustadt in Holstein		12	12
Olderup		1	1
Pinneberg	32	4	36
Preetz		2	2
Ratzeburg		7	7
Rendsburg	50	1	51
Schacht-Audorf		7	7
Schleswig	50	1	51
Schwentinental		4	4
Sehestedt		3	3
Surendorf		16	16
Wedel	36		36
Westerland	24		24
Westerland (Sylt)		6	6
Thüringen	**796**	**1.180**	**1.976**
Bad Köstritz		9	9
Bad Salzungen	64	173	237
Breitungen		17	17
Eisenach		48	48
Erfurt	296	479	775
Gera	64	116	180
Ilmenau	18		18
Jena	78	90	168
Meiningen		89	89
Mühlhausen	22	18	40
Mühlhausen	188		188
Oberhof		5	5
Pöllwitz	2		2
Römhild OT Mendhausen		5	5
Sondershausen	64	12	76
Sonneberg		79	79
St.Kilian		4	4
Straufhain		18	18
Suhl		18	18
Gesamtergebnis	**26.309**	**36.129**	**62.438**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Anlage 2

Bedarf an Wohnungen für Bundesbedienstete

Aufteilung nach Bundesland und Ort

Bundesland/Ort	Bedarf 2019
Baden-Württemberg	**888**
Bruchsal	17
Calw	16
Donaueschingen	50
Dornstadt	175
Hardheim	35
Heidelberg	2
Karlsruhe	20
Laupheim	67
Mannheim	5
Neckarzimmern	1
Pfullendorf	5
Stuttgart	115
Ulm	370
Walldürn	10
Bayern	**2.596**
Altenstadt	35
Amberg/Kümmersbruck	103
Bad Reichenhall	39
Bad Tölz	5
Bischofswiesen/Strub	14
Bogen	30
Cham	80
Dillingen	15
Erding	5
Feldafing	20
Feldkirchen	20
Freilassing	130
Freyung	5
Fürstenfeldbruck	25
Füssen	20
Garmisch-Partenkirchen	10
Greding	2
Hof	9
Ingolstadt/Manching	6
Kaufbeuren	4
Kempten	50
Landsberg / Penzing	10
Landshut	5
Lechfeld	26
Lindau	50

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	Bedarf 2019
Mittenwald	10
München	1.017
Murnau	10
Neuburg	5
Neuherberg	10
Nürnberg (inkl. Zirndorf)	107
Oberammergau	5
Oberschleißheim	2
Oberviechtach	200
Ottobrunn/Neubiberg	19
Passau	1
Pfreimd	137
Pöcking	25
Regen	10
Regensburg	30
Regenstauf	4
Roding	20
Rosenheim	1
Roth	13
Sonthofen	12
Veitshöchheim	45
Volkach	10
Weiden	185
Berlin	**1.098**
Berlin	1.098
Brandenburg	**170**
Potsdam	98
Schwielowsee	72
Bremen	**85**
Bremerhaven	85
Hamburg	**206**
Hamburg	206
Hessen	**659**
Frankfurt am Main	599
Langen	40
Wiesbaden	20
Hessen	**26**
Darmstadt	2
Frankfurt	4
Mainz	9
Pfungstadt	5
Wiesbaden	6
Mecklenburg-Vorpommern	**296**
Bad Sülze	2
Laage	25
Neubrandenburg	16
Rostock	182
Sanitz	15
Schwerin	5

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	**Bedarf 2019**
Stralsund/ Kramerhof	12
Torgelow/ Ueckermünde	29
Vilm bei Rügen	2
Waren-Müritzkreis	8
Niedersachsen	**208**
Bremervörde - Hesedorf	10
Bückeburg	15
Diepholz	8
Faßberg	57
Garlstedt	10
Hannover	0
Lohheide	10
Lüneburg	20
Munster	10
Neustadt-Luttm.	10
Nienburg	10
Nordholz	8
Rotenburg (W.)	10
Seedorf	10
Wunstorf	20
Nordrhein-Westfalen	**1.297**
Aachen/Eschweiler	0
Augustdorf	15
Bochum	10
Bonn	196
Brühl	5
Dortmund	27
Duisburg	31
Düsseldorf	91
Erndtebrück	50
Essen	10
Gelsenkirchen	10
Hagen	10
Hilden	7
Höxter	15
Kalkar	60
Köln	447
Minden	15
Mönchengladbach	36
Münster	65
Nörvenich/Kerpen	10
Oberhausen	31
Recklinghausen	10
Sankt Augustin	65
Siegburg	46
Swisttal	4
Wuppertal	31
Rheinland-Pfalz	**79**
Diez	56

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Bundesland/Ort	**Bedarf 2019**
Idar-Oberstein	3
Koblenz/Lahnstein	20
Sachsen	**186**
Dresden	21
Leipzig	165
Schleswig-Holstein	**210**
Eckernförde	10
Flensburg/Glücksburg	20
Heide	10
Husum	20
Kiel	20
Marienleuchte	2
Neustadt	15
Plön	78
Schleswig	20
Stadum	10
Todendorf / Panker	5
Schleswig-Hostein	**10**
Appen	10
Thüringen	**61**
Erfurt	49
Gotha	12
Gesamtergebnis	**8.075**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

juris Lex QS
09052024 ()

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333

juris Lex QS
09052024 ()